

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

Todesstrafe endlich weltweit abschaffen!

Immer noch wird in 43 Staaten der Erde die Todesstrafe regelmäßig als Höchststrafe verhängt und vollstreckt. Der weltweite Protest der „World Coalition against the Death Penalty“ hat in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt, aber das Ziel der weltweiten Ächtung der Todesstrafe ist noch nicht erreicht.

Die höchste Zahl gerichtlich verfügbarer Exekutionen fand seit Jahren in China, im Iran und bis 2010 auch im Irak statt. Allein in China geht man von Tausenden von Hinrichtungen Jahr für Jahr aus. In vielen Ländern werden Todesurteile unmittelbar nach der Verurteilung vollstreckt, um den Verurteilten oder ihren Angehörigen keine Gelegenheit zu geben, Rechtsmittel – soweit überhaupt vorhanden – einzulegen. In anderen Ländern wie den USA sitzen zum Tode Verurteilte zum Teil viele Jahre lang in so genannten Todesstrakten ein, im Ungewissen über den Zeitpunkt ihrer Exekution.

Neben den genannten Ländern sind es vor allem Ägypten, Malaysia, Sudan, Thailand, Vietnam, Nordkorea, Japan und die USA, in denen hingerichtet wird. In zahlreichen Staaten wird zwar gegenwärtig keine Hinrichtung mehr vollzogen, die Todesstrafe besteht aber nach dem Gesetz weiter und bleibt somit eine ständige Bedrohung für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Einige Länder haben die Todesstrafe nach längerer Nichtanwendung sogar wieder eingeführt oder sind im Begriff, dies zu tun.

Die Vereinten Nationen haben sich mehrfach für die globale Abschaffung der Todesstrafe und ein sofortiges Moratorium aller Hinrichtungen eingesetzt. Für Dezember 2012 ist eine weitere Resolution der UN-Vollversammlung geplant.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich eindeutig an die Seite der Gegnerinnen und Gegner der Todesstrafe gestellt. Schon am 18. November 2009 hat die Bremische Bürgerschaft in einem einmütigen Beschluss die Mitgliedschaft Bremens im Städtebündnis "Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe" bekräftigt; gegenwärtig arbeiten hier weltweit 1462 Kommunen in 87 Ländern zusammen. Städtepartnerschaften, freundschaftliche internationale Beziehungen, Bündnisse und kommunale Verbände bieten dem Bundesland und den beiden Städten Bremen und Bremerhaven darüber hinaus Möglichkeiten, die Problematik der Todesstrafe aufzuwerfen und bei ihrer Bekämpfung zusammenzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

1. Wir verurteilen die Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung, die gegen das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündete Recht auf Leben verstößt, und als einen unvermeidbaren Akt finaler Folter.
2. Wir begrüßen, dass bis zum Jahr 2011 in 154 Staaten der Erde die Todesstrafe de jure bzw. de facto abgeschafft wurde; wir erwarten, dass die Staaten, die noch an der Todesstrafe für außerordentliche Verbrechen wie Kriegsverbrechen festhalten, die Staaten, die zumindest ein Moratorium für Hinrichtungen eingeführt haben und diejenigen, die de facto, aber noch nicht de jure die Todesstrafe abgeschafft haben, auch diesen letzten entscheidenden Schritt tun.
3. Das Bundesland Bremen wird sich dafür einsetzen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Kampf gegen die Todesstrafe gestärkt wird; dazu gehört auch, dass die Vollstreckung der Todesstrafe nirgendwo als Staatsgeheimnis behandelt werden darf.
4. Wir begrüßen ausdrücklich die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen wie zum Beispiel amnesty international, sich weiter für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Hermann Kuhn, Linda Neddermann, Sülmez Dogan,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ulrike Hiller, Björn Tschöpe und Fraktion SPD